

Sinkende Nachfrage nach Asyl-Haftplätzen

Auszuschaffende Asylbewerber sollen in ehemaliger Jugendstrafanstalt untergebracht werden

Bis zu 700 zusätzliche Ausschaffungs-Haftplätze für abgewiesene Asylsuchende sollen die Kantone bis 2019 schaffen. Doch selbst die bestehenden Kapazitäten werden heute nicht voll genutzt.

ERICH ASCHWANDEN

Haftplätze für Asylbewerber, die nach Abweisung ihres Gesuchs ausgeschafft werden sollen, sind begehrt - oder vielmehr sie waren es. Der Bund einigte sich deshalb mit den Kantonen im Januar 2013 darauf, dass diese rechtzeitig die notwendigen 500 bis 700 sogenannten Administrativhaftplätze für die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht schaffen. Die Situation hat sich seither allerdings stark verändert. Viele Asylbewerber kommen derzeit aus Staaten wie Syrien, Eritrea oder dem Irak und dürfen als anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene in der Schweiz bleiben. Wegweisungen sind seltener geworden.

Nicht belegte Zellen in Zürich

Daher bestehe momentan ein Überangebot, konstatiert Joe Keel, Leiter des St. Galler Amtes für Justizvollzug: «In den letzten Monaten hat Zürich anderen Kantonen aktiv Haftplätze angeboten, da das Flughafengefängnis nicht voll belegt ist.» Dort befinden sich 106 der schweizweit 430 Ausschaffungs-Haftplätze. Und auch längerfristig wird der Bedarf seitens der Kantone als geringer eingeschätzt. «Nachdem beim Jugendstrafrecht aufgrund von Prognosen zu viele Haftplätze geschaffen worden waren, bin ich vorsichtig geworden mit Zahlen», erklärt der Berner Polizeidirektor Hans-Jürg Käser. Sein Wort hat Gewicht, ist er doch Co-Präsident der Arbeitsgruppe, die die Neustrukturierung des Asylbereichs koordiniert.

Eine Umfrage unter den Kantonen des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz hat Käser in sei-



Das Jugendheim Préles soll zu einem Ausschaffungsgefängnis mit über 150 Plätzen umgebaut werden.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Abgewiesene Asylbewerber



QUELLE: STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION NZZ/cke

Warten auf die Abschiebung

ase. • Asylbewerber, die einen negativen Entscheid erhalten haben, müssen die Schweiz verlassen. Wenn die Gefahr besteht, dass die Weggewiesenen untertauchen, werden sie in Ausschaffungshaft genommen. Gegenwärtig stehen in der Schweiz 430 sogenannte Administrativhaftplätze für Leute zur Verfügung, die auf ihre Abschiebung warten. In vielen Fällen werden die abgewiesenen Asylsuchenden jedoch in normalen Strafanstalten zusammen mit Straftätern eingesperrt. Unter anderem um diese Durchmischung zu verhindern,

haben Bund und Kantone beschlossen, 500 bis 700 zusätzliche solcher spezieller Administrativhaftplätze zu schaffen. Der Bund übernimmt die Finanzierung der neuen Gefängnisse komplett.

Im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs sollen diese Plätze schweremässig dort geschaffen werden, wo heute die grössten Lücken bestehen oder wo künftig die Aufgaben im Bereich des Wegweisungsvollzugs konzentriert werden sollen, also in den Kantonen mit Ausreisezentren des Bundes sowie in den Flughafenkantonen.

ner Skepsis bestärkt. Praktisch überall wurde der Bedarf an Haftplätzen nach unten korrigiert. Nicht zuletzt deswegen sind die elf Kantone von den Plänen abgerückt, in Nidwalden und im Raum Oftringen/Härkingen (Aargau/Solothurn) zwei Gefängnisse auf der grünen Wiese zu bauen.

Asylsuchende statt Jugendliche

Das Hauptgebäude des Jugendheimes Préles im Berner Jura, das geschlossen wird, soll nach den neuesten Plänen zu einem Ausschaffungsgefängnis umgebaut werden. Langfristig könnten hier 150 bis 180 Haftplätze geschaffen werden. Etwa 90 Plätze wären für Asylsuchende aus dem Kanton Bern reserviert, der Rest für Auszuschaffende aus dem Rest des Konkordats. Mit der Umnutzung des Jugendheims kommt man laut Käser kostengünstig und schnell zu einer Lösung. Der definitive Entscheid soll im November fallen.

Weniger weit ist man in der Ostschweiz, wo die Kantone für zusätzliche Plätze sorgen sollen. Der Kanton St. Gallen will in Altstätten das bestehende Gefängnis von 45 auf 126 Plätze aufstocken. Ein Architekturwettbewerb hat bereits stattgefunden, das Projekt muss noch von Regierung, Parlament und Volk bewilligt werden.

In der Westschweiz ist geplant, 168 zusätzliche Administrativhaftplätze in der Anstalt Brenaz im Kanton Genf zu schaffen. Derzeit wird das Gefängnis für den Strafvollzug genutzt. Sobald die neue Anstalt Dardelles zur Verfügung steht der Baubeginn ist 2018 vorgesehen -, sollen die Häftlinge in das neue Gefängnis transferiert werden. Brenaz steht den Westschweizer Kantonen dann als Ausschaffungsgefängnis zur Verfügung.

Es ist absehbar, dass bei Inkrafttreten der neuen Asylgesetzgebung (voraussichtlich am 1. Januar 2019) nur wenige zusätzliche Haftplätze bereitstehen werden. Längerfristig gibt sich Käser jedoch zuversichtlich, dass insgesamt etwas mehr als 500 neue Haftplätze geschaffen werden können.